

Tarifpolitik

Jede Tarifrunde hat ihre Eigenheiten. Schon sehr früh begann heuer die Politik, sich in die Tarifautonomie einzumischen, bevor Mitte Januar die erste Verhandlung in der Chemie stattfand. Im Bereich Metall erfolgte vor Aufnahme der Gespräche über die Medien ein ausführlicher Argumentationsschlagabtausch über hohe Entgeltsteigerungen. Und die Gesamtwirtschaftsdaten waren für die chemische Industrie gemäß der Statistiken erfreulich - begrüßenswert für Unternehmen und Beschäftigte, aber im Rahmen einer Tarifrunde zur Begründung von Forderungen bester Ansatzpunkt.

Nach einem vorgeschalteten Monat mit einer Pauschalzahlung von 70,- € wurde für Bayern eine Erhöhung der Tarifsätze ab 01.03.2007 um 3,6 % für 13 Monate vereinbart, ferner eine flexibilisierte Einmalzahlung für 13 Monate in Höhe von 0,7 %. Der Tarifvertrag „Zukunft durch Ausbildung“ erfuhr eine Fortsetzung, die tariflichen Rahmenregelungen zu Langzeitkonten wurden verbessert. Damit war erneut das Splitting-Modell im Tarifabschluss 2007 verankert, bei dem ein Teil der Erhöhung keine Dynamisierung in der Zukunft nach sich zieht. Durch die 14-monatige Laufzeit erhöhte sich die Planungssicherheit der Firmen. Und die Fortschreibung des Ausbildungspakts dokumentiert, dass die chemische Industrie ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung für die nachwachsende Generation gerecht wird.

Aus dem Bereich Metall war deutliche Kritik am Chemieabschluss zu hören - diese verstummte, nachdem der Pilot-Tarifabschluss für die Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg am 04.05.2007 getätigt war.

Für die chemische Industrie war ein Abschluss ohne Warnstreiks erreicht worden - allerdings erfolgten erstmals nach vielen Jahren Aktionen in einzelnen Belegschaften, um den Forderungen der IG BCE Nachdruck zu verleihen. In anderen Branchen muss man allerdings konstatieren, dass die Konfliktbereitschaft im Rahmen von Tarifauseinandersetzungen zugenommen hat, die Verteilungskonflikte haben sich zugespitzt. Sollte sich dieser Trend verfestigen, würde Deutschland einen Standortvorteil verlieren. Für das „ruppigere“ Tarifklima sollen nur die Bereiche Metall, Druck und Telekom genannt werden. Außerdem wächst die Bereitschaft einzelner Berufsgruppen, sich von ihren bisher zuständigen Gewerkschaften abzutrennen und spezielle Arbeitnehmerorganisationen zu bilden, um ihre Durchschlagskraft bei Tarifverhandlungen zu erhöhen. Zu erinnern ist an die Piloten, Fluglotsen oder das Flughafen-Servicepersonal, aktuell sind die Lokführer zu nennen. Nur wenige Arbeitnehmer brauchen zu streiken, um größere Organisationseinheiten lahm zu legen.

Im Zusammenhang mit Tarifauseinandersetzungen sind zwei Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts zu nennen, die die grundgesetzlich garantierte Tarifautonomie gefährden. Durch die Entscheidung im Juni zur Zulässigkeit von Sympathiestreiks wird das Fundament des deutschen Arbeitskämpfrechts in äußerst bedenklicher Weise ausgehöhlt. Mit der Entscheidung vom April waren Arbeitskämpfe um Sozialplanmaßnahmen gegen Betriebsumstrukturierungen für zulässig erklärt worden. Streiks gefährden ebenso wie politische Streiks den sozialen Frieden und untergraben die Tarifautonomie - deswegen muss im Hinblick auf diese neue Dimension der Gesetzgeber wieder für eine Balance im Tarifrecht sorgen, und dies möglichst bald!

Wirtschaftliche Lage

Die gute wirtschaftliche Entwicklung des Vorjahres setzte sich im Jahr 2006 fort, auch in Deutschland hat die Konjunktur an Dynamik gewonnen. Der Gesamtumsatz der deutschen chemischen Industrie wuchs um 6,2 % auf 129 Mrd. €, der Auslandsumsatz stieg um 8,1 % auf knapp 71 Mrd. €, der Inlandsumsatz um 4,0 % auf 58 Mrd. €. Die Produktion wuchs bundesweit um 3,5 %. Der Chemieexport, dazu gehören neben dem Auslandsumsatz u.a. auch der Verkauf durch andere Branchen, stieg um 12 % auf 117 Mrd. €, die Importe stiegen um 14 % auf 84 Mrd. €. Damit hat die deutsche Chemie im Jahr 2006 mit 33 Mrd. € zum Außenhandelsüberschuss Deutschlands beigetragen. Die Zahl der Beschäftigten nahm bundesweit um 1,1 % auf 418.200 Mitarbeiter ab. Eine maßgebliche Ursache hierfür ist die fortschreitende Ausgliederung verschiedener Aufgabenfelder, wie z.B. der Dienstleistungen, der EDV und der Kantinen.

Die bayerische chemische Industrie erreichte mit einem Plus von 6,5 % einen Umsatz von über 14,1 Mrd. € davon wurden im Ausland (+ 13,2 %) und rund 6,7 Mrd. € im Inland (+ 0,1 %) erzielt. Damit steigerte die bayerische chemische Industrie ihren Auslandsumsatzanteil auf über 52 %. Beschäftigt wurden im Jahresdurchschnitt 59.000 Mitarbeiter, 0,9 % mehr als im Vorjahr. Die Chemie im Freistaat erreichte bei der Produktion eine überproportionale Steigerung um 5,9 %.

Die Spartenergebnisse der bayerischen Chemie stellten sich differenziert dar. Kunststoffe in Primärformen setzten mit über 2,9 Mrd. € 9,2 % mehr um als im Vorjahr, über 2 Mrd. € davon im Ausland (+ 10 %) und rd. 0,9 Mrd. € im Inland (+ 7,4 %). Organische Kunststoffe und Chemikalien legten um 2,2 % auf über 1,5 Mrd. € zu. Alleiniger Zuwachsträger war hier das Ausland mit + 16,2 %, während im Inland ein Rückgang um 5,4 % zu verzeichnen war. Pharmazeutische Spezialitäten in Bayern litten weiterhin unter gesundheitspolitischen Markteinflüssen, der Umsatz dieser Branche sank geringfügig um 0,1 % auf knapp 2,7 Mrd. €. Der Rückgang fiel nicht gravierender aus, da der Auslandsumsatz mit 16,1 % auf über 500 Mio. € stieg, während der Inlandsumsatz um 3,3 % auf knapp 2,2 Mrd. € sank. Während Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Poliermittel trotz guter Zuwächse im Ausland (+ 14,1 %) infolge schlechter Entwicklungen im Inland ihren Umsatz vom Vorjahr nicht halten konnten (-6,8 %), profitierten Duft- und Körperpflegemittel von einer verbesserten Konsumnachfrage – sie legten beim Umsatz um 7,6 % zu. Chemiefasern – sie stellen einen Produktionsschwerpunkt in Bayern dar - erreichten nach vielen Jahren überwiegend rückläufiger Entwicklung bzw. Stagnation erstmalig wieder ein Umsatzwachstum von 3,7 % auf 917 Mio. €, ihr Auslandsumsatzanteil beträgt mittlerweile 70 %.

Im ersten Halbjahr 2007 setzte sich die positive Entwicklung in der bayerischen Chemie nahtlos fort. Während der Auslandsanteil am Umsatz seit Dezember auf hohem Niveau verharrte, gewann nun auch der Inlandsumsatz als Wachstumsfaktor an Bedeutung, er stieg im I. Quartal 2007 um 7,7 %. Die Nachfrage industrieller Kunden nach Chemieprodukten scheint nach wie vor stark und robust, auch auf den wichtigsten Exportmärkten tendiert das Wirtschaftswachstum zur Beständigkeit. Deshalb ist die Branche für die kommenden Monate optimistisch gestimmt. Die Erträge sind allerdings nach wie vor durch hohe Rohstoff-, Energie- und Personalkosten belastet, zu verkräften sind ferner nationale sowie europäische Überregulierungen. Die Auswirkungen der europäischen Chemikalienpolitik (REACH) sind weder zeitlich absehbar noch kostenmäßig zu quantifizieren.

EU-Sozialpolitik

Nach den Antidiskriminierungsrichtlinien, der Betriebsübergangs-, Bildschirmgeräte- und Arbeitszeitrichtlinie droht eine weitere belastende europäische Regelung: Ende November 2006 hat die EU-Kommission das Grünbuch „Ein modernes Arbeitsrecht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“ vorgelegt. Mit dem Grünbuch ist eine öffentliche Debatte eröffnet worden über die Grundfrage, wie eine Weiterentwicklung des europäischen und nationalen Arbeitsrechts die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung unterstützen kann. Der europäische Vorstoß läuft unter dem Stichwort „Flexicurity“ – der soziale Schutz der Arbeitnehmer sowie der Selbständigen soll ausgebaut und verstärkt werden.

Am 18.06.2007 hat der Beschäftigungs- und Sozialausschuss des Europäischen Parlaments über den Komplex abgestimmt. Es wird eine eindeutige Regelung der Haftung bezüglich der Verantwortung von Arbeitgebern und Auftraggebern für die Einhaltung der arbeitsrechtlichen Vorschriften als notwendig erachtet. Die europäischen Vorschriften zum Elternurlaub sollen ausgeweitet werden. Für alle Arbeitnehmer und Vertragsformen soll ein gleiches Schutzniveau gewährleistet werden. Eine klare Definition der Begriffe „Arbeitnehmer“ und „Selbständige“ soll zu einer einheitlichen Anwendung der EU-Richtlinien führen.

Aus den Veränderungen des Arbeitsmarktes und der Bedürfnisse der Beschäftigten ist kein zusätzlicher Regulierungsbedarf zu begründen. Die nationalen Rechtsordnungen haben sich historisch völlig unterschiedlich entwickelt – deswegen ist es vom Ansatz her schon verfehlt, umfassende verbindliche Vorgaben für ein einheitliches europäisches Arbeitsrecht anzustreben. Eine einheitliche europäische Definition für den Arbeitnehmerbegriff ist nachhaltigst abzulehnen. Befristete Arbeits-, Teilzeit- und Leiharbeitsverträge sind Instrumentarien für Mehrbeschäftigung. Das Subsidiaritätsprinzip darf nicht unterlaufen, die in Deutschland existierende Tarifautonomie nicht eingeschränkt werden.

Die Abstimmung über den Bericht im Europäischen Parlament soll nach derzeitiger Planung am 11.07.2007 erfolgen.

Ein weiteres bedeutsames Vorhaben der EU-Kommission ist die Schaffung einer Portabilitätsrichtlinie für eine europaweite Übertragung der Betriebsrentenanwartschaften mit dem Ziel, die Mobilität der Arbeitnehmer innerhalb der EU zu erleichtern. Im Oktober 2005 wurde ein entsprechender Richtlinien-vorschlag vorgelegt. Problematische Punkte aus Arbeitgebersicht waren und sind nicht nur die Regelungen für die Mitnahme der Betriebsrenten über die Grenzen hinweg, sondern auch die Mindeststandards für Betriebsrenten. Am 20.06.2007 hat das Europäische Parlament den Bericht zum EU-Vorschlag für eine Portabilitätsrichtlinie beschlossen.

Die im Bericht vorgeschlagene faktische Abschaffung von Unverfallbarkeitsfristen für Arbeitnehmer ist völlig inakzeptabel. Die Folge wäre eine Verteuerung der betrieblichen Altersvorsorge um bis zu 20 %. Deswegen muss an der fünfjährigen Unverfallbarkeitsfrist unbedingt festgehalten werden. Weiterhin ist völlig abzulehnen, dass die neuen Mindeststandards in dieser Richtlinie auch auf Altzusagen anzuwenden wären.

Bei dieser Sachlage muss man sich die Frage stellen, ob es statt einer Verbesserung und Überarbeitung des Richtlinienvorschlages nicht besser wäre, im Hinblick auf die Einstimmigkeit unter den Mitgliedsstaaten auf ein Scheitern des Vorstoßes zu setzen.

Aus der Vereinsarbeit

In zahlreichen Zusammenkünften und Sitzungen erfolgte eine umfangreiche und detaillierte Information und Schulung, außerdem für die praxisorientierte Interessenvertretung die interne Rückkopplung bei den Mitgliedern. Aktivstes Gremium war der Sozial- und Personalpolitische Ausschuss unter Vorsitz von Hubert Friedmann. In den Zusammenkünften behandelte man die Komplexe „Grünbuch Arbeitsrecht“, „Tarifpolitik“, „Demographische Entwicklung“, „Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz“, „Chemie-Altersvorsorge“, „Azubi-Platz-Angebote“ sowie „Aktuelle Rechtsprechung“ und „Neue Gesetzgebung“. Fachspezifische Themen wurden im Arbeitskreis Berufsausbildung unter Vorsitz von Dr. Michael Wieser behandelt. Die Arbeitsgruppe Personalentwicklung befasste sich u.a. mit Themen wie Gesundheitsmanagement, Kompetenzmodelle und Mentoring-Konzepte. Eingeladen wurde zu Personalleitersgesprächen; die Einbindung von Firmenmitarbeitern wurde auch durch die Arbeitsgruppe SAP und die Arbeitsgruppe Führungsnachwuchs im Personalwesen gewährleistet.

Es wurden wieder Seminare und Inforeveranstaltungen im Verbandshaus angeboten - rund 400 Repräsentanten der Mitgliedsfirmen nahmen an diesen Zusammenkünften teil. Behandelt wurden aktuelle Themen aus dem Arbeits-, Sozial- und Tarifrecht. Entscheidend ist bei allen Gremienzusammenkünften neben der Wissensvermittlung der umfassende Erfahrungsaustausch, der in den Bayerischen Chemieverbänden immer außerordentlich offen und vertrauensvoll praktiziert wird.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit und Verbandskommunikation fanden die Präsentationsstände der bayerischen Chemie beim CSU-Parteitag 2006 in Augsburg und beim Forum Life Science mit mehr als 1.000 internationalen Besuchern in der TU Garching reges Interesse. Die Homepage als Visitenkarte der Verbände im digitalen Netz verzeichnet mit monatlich rund 8.000 Besuchern eine erstaunliche Resonanz und hat sich damit zu einer bekannten Plattform der bayerischen Chemie entwickelt, die sicherlich vor allem auch jüngere Menschen anspricht. Erneut war das Ob und Wie des Chemieunterrichts in bayerischen Gymnasien im Fokus der Interessenvertretung - das naturwissenschaftliche Fach hat aber jetzt einen deutlich besseren Platz in der Stundentafel des G8 als zuvor.

Auf breiter Ebene war die bayerische Chemie Partner der Schulen und Universitäten. An den Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte der Gymnasien und Realschulen nahmen mehr als 100 Personen in Pelham am See teil. An sieben Schülertagen konnten mehr als 700 Mädchen und Jungen angesprochen werden. Auf Anregung der Chemieverbände lud die Bayerische Staatsregierung die bayerischen Sieger der internationalen Chemie-Olympiade zu einem Staatsempfang im Prinz-Karl-Palais im Hofgarten. Der Schülerwettbewerb „Experimente antworten“ geht mit einem neuen Teilnehmerrekord in sein fünftes Jahr - 1.450 Schülerinnen und Schüler beteiligten sich, über 50 Sieger wurden von Kultusminister Schneider persönlich in München ausgezeichnet. Auch bei dem von Seiten der Chemie geförderten Landeseminar zur Chemie-Olympiade sprechen die Zahlen für sich: Seit Einrichtung des Angebots haben sich die Teilnehmerzahlen auf nunmehr 30 Schülerinnen und Schüler verdoppelt. Ein Jubiläum feiern die Chemieverbände im Bildungsangebot: Vor 50 Jahren fand das erste Meistertreffen im Chiemgau statt. Mehr als 10.000 Meister haben seither die Wochenseminare besucht, das Interesse ist ungebrochen.

Aus der Verbandsarbeit

„Forschung und Entwicklung waren schon immer die Basis der chemischen Industrie und ihrer Erfolge, ebenso die traditionell enge Verbindung zur wissenschaftlichen Chemie der Hochschulen“ – so erinnerte der Vorsitzende der Bayerischen Chemieverbände, Dr. Hans Seidl, im Vorwort der Verbandsbroschüre zur Einrichtung des Chemieclusters an die Innovationsbedeutung der Branche. Die Chemie hatte die Clusterinitiative der Staatsregierung nachhaltig befürwortet und sich mit Vorschlägen aktiv eingebracht. Seit Herbst 2006 arbeitet das Chemiecluster – gefördert durch das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, betreut von den Clusterprechern Prof. Dr. Dr. h.c. Utz-Hellmuth Felcht und Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang A. Herrmann und bayernweit agierend mit einer im Verbandshaus angesiedelten, selbständigen Geschäftsführung. Zu den definierten Themenbereichen Ethylenfolgechemie, Bauchemie und funktionelle intelligente Oberfläche fanden bereits erste Symposien mit der Wissenschaft und den interessierten Unternehmen statt. Die chemische Industrie präsentiert sich damit auch im Rahmen dieser Initiative als innovative, zukunftsorientierte Branche, die am Standort Bayern als Schlüsselindustrie weiter erfolgreich fungieren will.

Um die Spitzenwissenschaft geht es der Chemieindustrie Bayerns auch bei der finanziellen Unterstützung der Nobelpreisträgertagung in Lindau. Durch die Zustiftung an diese Tagung eröffnete sich die Möglichkeit, 10 Jahre lang bis zu 10 junge Spitzenwissenschaftler jährlich eine Woche lang als Gäste zur Nobelpreisträgertagung zu entsenden. Damit werden wichtige Kontakte zu diesen sog. „High Potentials“ geknüpft – die Branche erweist sich als attraktiver Partner für die bayerischen Universitäten, die in das Auswahlverfahren der Kandidaten eingebunden sind. Exzellenter Nachwuchs wird durch die Unterstützung der sog. Chemie-Olympiade motiviert, z.B. durch ein dreitägiges Seminar für die 30 erfolgreichsten Teilnehmer an der bayerischen Landesauscheidung. Die aus Bayern kommenden Sieger der Chemie-Olympiade wurden in einem Staatsempfang geehrt.

Um Spitzenforschung und Innovation ging es auch beim 4. Forum Life Science 2007 im Februar auf dem Campus der Technischen Universität München in Garching. Als offizieller Partner und Förderer des Kongresses war die Chemieindustrie mit einem eigenen Stand in der begleitenden Ausstellung vertreten und konnte sich so über 1.000 hochkarätigen wissenschaftlichen Besuchern präsentieren. Das bayerische Chemiecluster, die Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie (DIB), der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) und der Verband Forschender Arzneimittelhersteller (VFA) waren ebenfalls auf dem Chemiestand vertreten und unterstrichen ihre Bedeutung als wesentliche Säule von Life Science in Bayern. Koordiniert werden diese auf Innovation und Know-how-Transfer abzielenden Maßnahmen vom Arbeitskreis Forschung. Der Arbeitskreis bündelt unter Vorsitz von Dr. Hans-Jürgen Wernicke auch die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Einsatz nachwachsender Chemierohstoffe und der WeißEn bzw. Pflanzen-Biotechnologie. In Folge der klimapolitischen Aktivitäten der Staatsregierung werden damit frühere Arbeiten aus diesem Kreis wieder relevant – bereits in den Jahren 1996 und 2000 hatte man sich im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung und von Responsible Care in zwei Zwischenberichten mit der Möglichkeit zur Generierung von Chemierohstoffen aus biologischem Material auseinandergesetzt.

REACH ist am 01.06.2007 in Kraft getreten – nach einem langen, sehr schwierigen Prozedere wurde in den EU-Gremien ein Kompromiss gefunden – mit einigen Verbesserungen gegenüber früheren Vorstellungen, aber mit großen finanziellen Belastungen und sehr hohem bürokratischen Aufwand für die chemische Industrie.

REACH bildete im Berichtsjahr wie schon in den vorangegangenen Jahren einen Schwerpunkt der wirtschaftspolitischen Arbeit des Verbandes. Umfassend wurde für die Vorstellungen der Branche bei Europaparlamentariern und der bayerischen Politik geworben. Der REACH-Prozess ist damit aber noch lange nicht abgeschlossen. In sog. REACH-Implementation-Projects (RIPs) werden Festlegungen zur Umsetzung der Verordnung getroffen. Um den Mitgliedsfirmen eine Plattform zum Erfahrungsaustausch zu REACH zu geben, hat der Landesverband einen Expertenkreis REACH eingerichtet, der bisher viermal getagt hat und für alle REACH-Experten aus den Mitgliedsfirmen offen ist. Im dritten „Umweltpakt Bayern - Vereinbarung für ein umweltverträgliches Wirtschaftswachstum“ wurde u.a. die Einrichtung eines Forums Stoffpolitik beschlossen. Der Landesverband arbeitet dort intensiv mit und hat den Vorsitz.

Der VCI baut zurzeit die Service-Plattform „REACH umsetzen“ auf. Hierbei handelt es sich um ein Portal mit einem Online-Angebot und einem Service-Center zur Beantwortung von Fragen. Mitglieder haben über die Plattform – ähnlich wie im bisherigen Extranet, aber mit neuen, verbesserten und wesentlich umfangreicheren Servicefunktionen – kostenfrei Zugang zu aktuellen Informationen, Orientierungshilfen (Infoblättern) und Leitfäden des VCI zu REACH. Neben REACH erforderten eine Reihe weiterer Regulierungsvorhaben der EU, der Bundesregierung und des Freistaats Bayern Lobbyarbeit und konstruktive Verbesserungsvorschläge. Beispielhaft genannt seien hier Überregulierungen durch die geplante Bodenschutz-Rahmen-Richtlinie der EU und durch die Einführung des Globally Harmonized System (GHS) zur Kennzeichnung. Auf nationaler Ebene ist insbesondere die Novelle zum Gentechnikgesetz zu nennen, da der derzeitige Referentenentwurf die weitere Entwicklung einer Weißen Biotechnologie in Deutschland gefährdet. Weitere Bereiche der Interessenvertretung waren und sind die Energie- und Klimapolitik, die Steuerreform und das Umwelthaftungsgesetz.

In Bayern belasten Maßnahmen, die eigentlich der Deregulierung und Entbürokratisierung dienen sollten, die chemische Industrie. So hatte man beispielsweise die sog. Sicherheitsanlagenprüfverordnung, die u.a. die Überwachung von Brandschutzeinrichtungen in Sonderbauten regelt, durch Streichen von Ausnahmen für Industriebauten geändert mit der Folge, dass jetzt menschenleere Lager und Fabrikhallen nicht mehr durch eigenes, sachkundiges Personal, sondern extern geprüft werden müssen. Man ist aber nach hartnäckigen Interventionen nun bereit, Korrekturen vorzunehmen. Als noch wesentlich gravierender empfunden wird die im Herbst 2006 verordnete Privatisierung der Überwachung der Anlagen nach dem BImSchG in Bayern. Externe Gutachter sollen auf Kosten der Industrie die Überwachung dieser Anlagen durchführen, und zwar im Ein- bzw. Drei-Jahres-Rhythmus – eine Verschärfung, die nur in Bayern abverlangt wird. Man begründet dies bei der Regierung von Oberbayern mit einer Stärkung der Eigenverantwortung der Wirtschaft! Ziel muss sein, diese Benachteiligung Bayerns gegenüber den anderen Bundesländern unbedingt wieder zu beseitigen.

Eine Generalüberholung der gesetzlichen Unfallversicherung ist zu befürworten - seit ihrer Einführung unter Bismarck besteht sie in ihren wesentlichen Grundzügen unverändert. Gesetzliche Änderungen wurden regelmäßig nur auf dem Leistungssektor vorgenommen. Strukturreformen sind deswegen dringend geboten. Schon der Gegensatz von ständig sinkenden Unfallzahlen und praktisch stagnierenden Beitragssätzen muss zur Realisierung des vorhandenen Beitragsentlastungspotentials führen.

Im Koalitionsvertrag wurde die Neuorganisation der gesetzlichen Unfallversicherung festgeschrieben - ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren ist seit einiger Zeit in Gang gesetzt. Ursprünglich hatte der Gesetzgeber Zwangsfusionen im Fokus der Überlegungen, wobei man sich am Ziel eines Eckpunktepapiers ausgerichtet hätte, wonach nicht mehr als sechs gewerbliche Berufsgenossenschaften existent sein sollten. Seitens der Selbstverwaltungen wurde der Politik aber noch im Jahr 2006 eine zielführende Vereinbarung für die Reduzierung der Zahl der gewerblichen Berufsgenossenschaften von 26 auf 9 Träger vorgelegt, sodass die Zwangsfusionen nicht mehr weiterverfolgt wurden. Deswegen wurde für den Bereich der BG Chemie eine Fusion zu einer „BG Rohstoffe“ mit den Bereichen Papiermacher, Bergbau, Steinbruch, Leder und Zucker vorgeschlagen.

Völlig inakzeptabel ist, dass der aktuelle Reformentwurf keine Entlastung für die Unternehmen bringen würde, sondern eine Mehrbelastung von bis zu 500 Mio. € pro Jahr. Damit werden die an sich grundsätzlich positiven Reformansätze durch Leistungsausweitungen und Systembrüche konterkariert. Bürokratie pur soll Platz greifen. Die bisherige Rente soll in zwei Komponenten aufgeteilt werden: Ein vom Einkommen unabhängiges Schmerzensgeld, der sogenannte Gesundheitsschadensausgleich, und eine einkommensabhängige Erwerbsminderungsrente bis zum gesetzlichen Ruhestandsalter. Daraus resultiert ein enormer Verwaltungsaufwand, da die Rentenhöhe aus der Differenz zwischen dem Gehalt des Versicherten vor dem Unfall und dem erzielbaren Einkommen nachher errechnet werden soll.

Zu fordern ist nach wie vor, Unfälle auf dem Weg von und zur Arbeit aus der Haftung der Unfallversicherung auszugliedern. Damit wäre dieser Versicherungszweig langfristig um rund ein Fünftel der Leistungsausgaben entlastbar. Die Unfallversicherung soll ja eigentlich die Ablösung der Unternehmerhaftung für Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten sicherstellen. Deswegen ist das Einstehen für Wegeunfälle systemwidrig.

Abgelehnt werden muss weiterhin die körperschaftliche Rechtsform der Spitzenorganisation. Die Mitgliedervertretungen der öffentlichen und der gewerblichen Versicherungen haben zwischenzeitlich auf privatrechtlicher Grundlage die „Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung“ gegründet. Verkörperung heißt mehr staatlicher Einfluss und weniger pragmatische branchenorientierte Selbstverwaltung.

Am 08.08.2007 soll die Reform im Kabinett beraten und ggf. beschlossen werden. Neben den angesprochenen Kritikpunkten und Forderungen geht es darum, eine nachhaltige Lösung der Rentenaltlastenproblematik und die längerfristige Gestaltung getrennter Gefahrtarife innerhalb der fusionierten Berufsgenossenschaften zu erreichen. Die Arbeitgeber müssen in Folge der Reform bei den Personalzusatzkosten entlastet werden - ansonsten würden auch die beachtlichen Erfolge in der betrieblichen Prävention konterkariert, die Bereitschaft dazu würde in der Zukunft mit Sicherheit nicht mehr so stark ausgeprägt sein. Reform ja, aber nur mit Beitragsentlastung!

Ehrenmitglieder (VBCI und VCI-LV)

Prof. Dr. Wilhelm Simson, München Dr. Karl Wamsler, Pöcking

Vorstand (VBCI und VCI-LV)
Dr. Hans Seidl, Ismaning (Vorsitzender)

Dr. Günter von Au, München Ass. Albert Franz, Obernburg
Dr. Arno Deger, Penzberg Peter Kurz, Fürth
Prof. Dr. Utz-Hellmuth Felcht, Dr. Peter Umfug, München
Trostberg/Düsseldorf Dr. Peter-Alexander Wacker, München
(bis Mai 2006) (bis März 2007)

Tarifpolitischer Ausschuss (VBCI)
Ass. Albert Franz, Obernburg (Vorsitzender)

Dr. Josef Ertl, Ismaning Dr. Joachim Semel, Trostberg
Dipl.-Ing. Dieter Freitag, Hallstadt (bis Dez. 2006)
Heinz Löhr, Vohburg Dr. Hermann Teufel, Gersthofen
Anton Schilcher, Nürnberg Dr. Alois Virag, Burghausen
Dr. Peter Sckuhr, Burgkirchen Dipl.-Kfm. Heino Ziegler, München
(bis Feb. 2006)

Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss (VBCI)
Hubert Friedmann, Penzberg (Vorsitzender)

Dipl.-Bw. Paul Altmann, Schwandorf Volker Mletzke, München
Cordula Böhmer, Pullach Dipl.-Oec. Wolf Ottmann, Pullach
(bis Sept. 2005) Hansjörg Pohl, Unterschleißheim
Harald Bräuning, Velden Dr. Bert Raeymaekers, Burgkirchen
Volker Folwill, Neustadt Dipl.-Päd. Josef Reil, Burgkirchen
Reinhard Franetzki, Gersthofen Hans-Jörg Schneider, Burgkirchen
Dr. Guy Gansfort, Ismaning Prof. Dr. Karlheinz Schüssler, München
Ingo Hein, Trostberg/Düsseldorf (bis Juli 2006)

Mathias Siebe, Hallstadt
Hanspeter Hollender-Matatko, Lindau Barbara Strasser, Obernburg
(bis April 2007) Hans-Joachim Vinzent, Waldkraiburg
Karola Japke, Bobingen (bis Okt. 2006)

Ass. Walter Vogg, München
Heribert Kahler, Nürnberg Ass. Hermann Kahlich, Poing
Ass. Manfred Kiekenbeck, München Dipl.-Ing. Hermann Wick, Töging
(bis Dez. 2006) Ass. Thomas Winkels, Trostberg
(bis Sept. 2006)

Ass. Gerd Winnefeld, Burghausen
Hans-Dieter Klingspon, Bruckmühl Engelbert Zehentmaier, Burghausen
Dipl.-Oec. Peter Knoll, Fürth Dipl.-Kfm. Heino Ziegler, München
Ludger Markmann, Neu-Ulm
Matthias Matz, Burghurg

Wirtschaftspolitischer Ausschuss (VBCI)

Dipl.-Ing. Rolf J. Dürschmidt, Regensburg Dr. Peter Sckuhr, Burgkirchen
Dr. Josef Ertl, Ismaning (bis Feb. 2006)
Dipl.-Kfm. Alfred Höf, München Reinhard W. Siegle, Neu-Ulm
Waldemar Kotzian, Bobingen/Gersthofen Dr. Hermann Teufel, Gersthofen
Dr. Peter Pohlmann, Trostberg Dr. Alois Virag, Burghausen
(bis Okt. 2005) Ralph Uwe Westhoff, Waldkraiburg
Dr. Michael Rosenthal, Unterschleißheim Dipl.-Kfm. Gerhard Witzany, Schwandorf
Anton Schilcher, Nürnberg Dipl.-Kfm. Heino Ziegler, München
Dr. Wolfgang Schnell, München

Beirat (VCI-LV)

Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche, Essenbach Dr. Joachim Semel, Trostberg
Dr. Peter Heinrich, Martinsried (bis Dez. 2006)
Dipl.-Chem. Manfred Hoffmann, Neuburg Ulf Stadler, Geretsried
Dr. Gerhard Lobmaier, Illertissen (bis Okt. 2006)
Dr. Thomas Schnell, München Dr. Rudolf Staudigl, München
Dr. Peter Sckuhr, Burgkirchen Dr. Hermann Teufel, Gersthofen
(bis Feb. 2006) Dr. Alois Virag, Burghausen
Dr. Hans-Jürgen Wernicke, München

Ältestenrat (VBCI)

Prof. Dr. Wilhelm Simson, München (Vorsitzender)

Dr. Hans Baur, München Dr. Friedrich Lambert, Obernburg
Dr. Friedhelm Finke, Icking Dr. Alfred Pfeiffer, Trostberg
Dr. Helmut Gruber, Burghausen Dipl.-Kfm. Rudolf Ribka, Walberberg
Dr. Hans Georg Haas, Harthaus Dr. Walter Ringer, Lenggries †
Dr. Fritz Hartl, Gräfelfing Dipl.-Bw. Werner Sassenrath, Großkarolinenfeld
Dr. Carl Ernst Hofstadt, Pullach Dipl.-Kfm. Rudolf Schleicher, Icking
Dr. Werner Kalb, München Dr.-Ing. Heinrich Schubert, Augsburg †
Dr. Jürgen F. Kammer, München Dr. Albert Thalhofer, Neusäß
Dr. Emil Kinzinger, Neusäß Dr. Karl Wamsler, Pöcking
Senator h.c. Günther Klinge, Grünwald

Arbeitskreis / Vorsitz

Berufsausbildung (VBCI) Dr. Michael Wieser, Burghausen

Umweltfragen (VCI-LV) Dr. Willi Kleine, Burghausen

Energiepolitik (VCI-LV) Dr. Peter Sckuhr, Burgkirchen (bis Feb. 2006)
Dr. Bernhard Langhammer, Burgkirchen (ab Juli 2006)

Öffentlichkeitsarbeit (VCI-LV) Dr. Arno Deger, Penzberg

Forschung (VCI-LV) Dr. Hans-Jürgen Wernicke, München (seit Dez. 2005)

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Landesverband Bayern

Vorsitz: Jochen Crone-Erdmann, Unterschleißheim (bis Nov. 2005)
Dr. Hans Dieter Braun, Stulln (seit April 2006)

Verband der Lackindustrie e.V., Bezirksgruppe Bayern

Vorsitz: Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche, Essenbach

Geschäftsführung (VBCI und VCI-LV)

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Umfug

Geschäftsführer (VBCI): Referenten (VBCI):
Ass. Stefan Mößner Ass. Peter Fürnthaler
Franz Xaver Völkl Tobias Gotthardt

Geschäftsführer (VCI-LV): Ass. Christiane Hönig-Achhammer
Dr. Josef L. Geller Ass. Holger Kaiser
Robert Schuder



JAHRESBERICHT 2006/2007

Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V. VBCI

Verband der Chemischen Industrie e.V. Landesverband Bayern

Innstraße 15, 81679 München
Telefon 089/92 69 10, Telefax 089/9 26 91 33
vbci@vbci.de, vci@lv-bayern.vci.de
www.die-bayerische-chemie.de